

BR/GT I/100 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 15. Januar 1971

BR/GT I/100/71

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Betrifft: Aufzeichnung der französischen Delegation betreffend
Artikel 64

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der
Anlage eine Aufzeichnung der französischen Delegation über
eine Neufassung von Artikel 64 des Vorentwurfs eines Ueber-
einkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren.

BR/GT I/100 d/71 esi/LB/cs

ANLAGE

AUFZEICHNUNG

der französischen Delegation

Über eine Neufassung von Artikel 64 des Vorentwurfs
eines Uebereinkommens
Über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

1. In Artikel 64 Absatz 1 des genannten Vorentwurfs ist vorgesehen, dass eine europäische Patentanmeldung entweder beim Europäischen Patentamt oder beim nationalen Patentamt eines Vertragsstaats eingereicht werden kann. Der Absatz 2 dieses Artikels ermöglicht jedoch dadurch eine Einengung der Wahlmöglichkeit des Anmelders, dass "jeder Vertragsstaat vorschreiben kann, dass sie Personen mit Wohnsitz oder Sitz in seinem Hoheitsgebiet ... eine europäische Patentanmeldung nur bei den in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden einreichen können"(1).

Würden die Vertragsstaaten eine solche Massnahme ergreifen, so würde sich aus den genannten Vorschriften folgendes ergeben:

- a) Eine natürliche Person, die sich üblicherweise im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates tatsächlich aufhält oder dort ihre Tätigkeit ausübt, ihren Wohnsitz aber im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates hat, kann beim nationalen Patentamt des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich aufhält, keine europäische Patentanmeldung einreichen; sie muss diese Anmeldung beim nationalen Patentamt des Wohnsitz-

(1) d.h. beim nationalen Patentamt des betreffenden Staates

staates einreichen, zu dem sie unter Umständen nur rein rechtliche Beziehungen mehr oder minder fiktiver Art und ausserdem oft schwer zu bestimmender Natur hat.

- b) Eine europäische Patentanmeldung, mit der eine Erfindung geschützt werden soll, die in einem Industriebetrieb (oder in einer wissenschaftlichen Anstalt) gemacht wurde, der (bzw. die) keine juristische Person ist, zwar im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates liegt, aber zu einer Gesellschaft mit Sitz im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates gehört, kann bei dem nationalen Patentamt des Staates, in dem sich der Betrieb (oder die Anstalt) befindet, nicht eingereicht werden. Die Anmeldung muss vielmehr bei dem nationalen Patentamt des Staates eingereicht werden, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat.

2. Es wird darauf hingewiesen, dass solche Vorschriften bei Erfindungen, die mit der Landesverteidigung im Zusammenhang stehen, zu einem Sonderrecht des europäischen Patents führen würden, das in den in Nummer 1 genannten Fällen die einzelstaatlichen Vorschriften auf diesem Gebiet in einigen Vertragsstaaten brechen würde. Nach diesen einzelstaatlichen Vorschriften darf nämlich keine Erfindung, die mit der Landesverteidigung in Zusammenhang steht, ohne die Genehmigung der zuständigen einzelstaatlichen Behörden (1) - dies ist vor allem in Frankreich der Fall - dem Ausland mitgeteilt werden; in anderen Fällen muss sogar jede Patentanmeldung, unabhängig von ihrem Gegenstand, zuerst beim nationalen Patentamt eingereicht werden.

3. Ausgehend von diesen Feststellungen erschien es notwendig, eine Lösung zu finden, mit der folgendes erreicht wird:

- Die derzeitigen Vorrechte der Vertragsstaaten, die sich aus den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für Erfindungen auf dem Gebiet der Landesverteidigung ergeben, dürfen nicht berührt werden;

(1) Ist zweifelhaft, ob eine Erfindung mit der Landesverteidigung in Zusammenhang steht oder nicht, so wird die Anmeldung zuerst beim nationalen Patentamt eingereicht.

- diese Lösung muss so ausgestaltet werden, dass bei der Anwendung dieser Vorrechte grosser Spielraum bleibt.

Dieser doppelte Zweck dürfte erreicht werden können, wenn Artikel 64 des Vorentwurfs folgende Fassung (1) erhielte:

"(1) unverändert

(2) Absatz 1 steht der Anwendung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht entgegen, die in den Vertragsstaaten

- a) entweder für die im Interesse der Landesverteidigung liegenden Erfindungen gelten oder
- b) die unmittelbare Einreichung von Anmeldungen im Ausland verbieten oder von einer vorherigen Genehmigung abhängig machen.

Die Einreichung beim Europäischen Patentamt gilt im Sinne der genannten Vorschriften für die einzelnen Vertragsstaaten als eine Einreichung im Ausland.

(3) Im Fall der Nichtbeachtung einer in Absatz 2 Buchstabe b genannten einzelstaatlichen Vorschrift ... ",
(Rest unverändert).

Zur Neufassung des Absatzes 2 ist zu bemerken, dass es nicht Sache des Europäischen Patentamtes ist, nachzuprüfen, ob eine unmittelbar bei ihm eingereichte Patentanmeldung mit der Landesverteidigung im Zusammenhang steht oder nicht; dagegen kann das Europäische Patentamt mit relativ geringem Aufwand feststellen, ob die innerstaatliche Gesetz-

(1) Vgl. Dokument Nr. 8 vom 1. Dezember 1970: Vorschlag der französischen Delegation.

gebung des betreffenden Staates jede ursprüngliche Anmeldung im Ausland verbietet oder von einer vorherigen Genehmigung abhängig macht; daraus erklärt sich die für Absatz 3 vorgeschlagene Neufassung.

4. Ferner ist zu bemerken, dass die Begriffe "Sitz und Wohnsitz" (1) im PCT, die von dessen Ausführungsordnung definiert werden, nicht mit den Begriffen "Wohnsitz" (2) und "Sitz" (3) in Artikel 64 des Ersten Vorentwurfs übereinstimmen; die Regel 18 der PCT-Verfahrensregelung definiert nämlich den Sitz (domicile) einer juristischen Person nicht, indem sie auf deren Sitz (siège), sondern auf die tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerblichen oder Handelsniederlassung Bezug nimmt.

Die Beibehaltung der derzeitigen Fassung von Artikel 64 Absatz 2 würde daher Anwendungsschwierigkeiten nach sich ziehen, da aufgrund des Artikels 2 Ziffer xii des PCT das Europäische Patentamt die Befugnisse eines nationalen Patentamts übernehmen kann und sich dann zwei verschiedenen Definitionen für den Begriff des Sitzes juristischer Personen gegenüberstehen.

5. Als wesentlicher Punkt ist schliesslich festzustellen, dass in Artikel 27 Absatz 8 des PCT folgendes niedergelegt ist: "Keine Bestimmung des Vertrags und der Verfahrensregelung kann dahin verstanden werden, dass sie die Freiheit eines Vertragsstaates beeinträchtigt, die notwendigen Massnahmen zum Schutz seiner nationalen Sicherheit zu ergreifen..."

Die für Artikel 64 des Ersten Vorentwurfs vorgeschlagene Neufassung bietet somit ausserdem den Vorteil, dass sie mit dem PCT übereinstimmt, der den Vertragsstaaten auf diesem Gebiet volle Freiheit lässt.

-
- (1) franz. domicile, engl. residence
(2) franz. domicile, engl. ordinary residence
(3) franz. siège, engl. registred place of business

